

ZEITUNG DER FACHSCHAFT INFORMATIK

ZU NESSEN - BARMSTADT

Muttu schon

urabgestimmt?

Muttu aber bald machen!!

7

FEB 77

IMPRESSUM :
=====

Herausgeber: Fachschaft Informatik
Redaktion: ein paar arme Irre (wir werden immer mehr)
Anschrift: Magdalenenstr. 11, Zi. 106, 61 Darmstadt
Druck: viele Scheine pro Semester
Preis: Professoren: 2,50 DM (Ermäßigung auf Antrag)
Studenten: wie immer umsonst

Alle Rechte, insbesondere das der Verfilmung und der
Speicherung auch Lochkarten, Lochstreifen, Magnetplatte
oder Magnetband, vorbehalten.

INHALT :
=====

Denkanstöße	3
Neues zum B A F Ö G	6
Zum SEMINAR: Berufsperspektiven des Informatikers .	9
Neues STUPA, alles beim alten ?	11
Leserbrief	13
Neues zum IPI	15
DIE LETZTE SEITE: heute	16



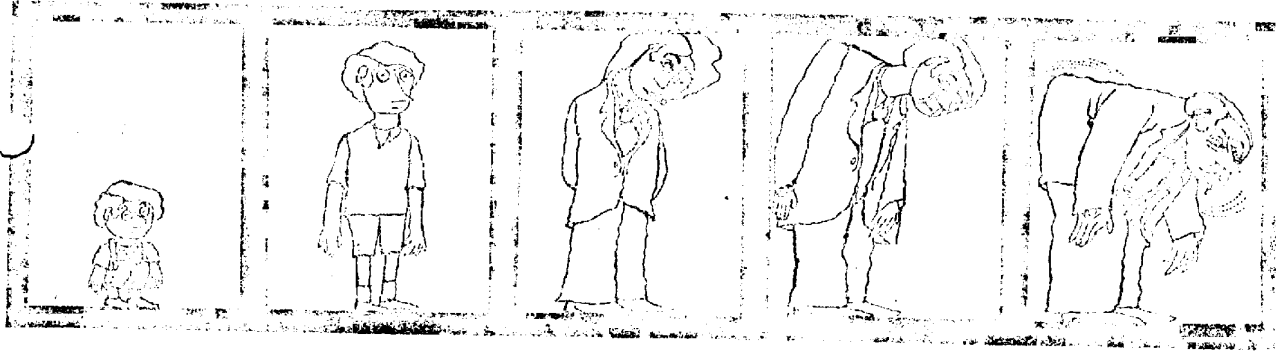
Dieser
Wunschtraum der Reaktion....
....muß ein Traum bleiben!

Denkanstöße ...

Am 15./16.1.77 fand in Dortmund ein Bundes-Astenseminar statt. Das Thema waren bundesweite Aktionen gegen das HRG, für BAföG Erhöhung und gegen die miserable Studiensituation. Dabei kam heraus, daß die Fachhochschulen das Sommersemester abbrechen wollen. In den Hochschulen und Universitäten wird noch diskutiert, ob im SS 77 oder im WS 77/78 gestreikt werden soll. Die Entscheidungen zu bundeseinheitlichen Aktionen sollen auf einer VDS-NV im März gefällt werden. Da jedoch nicht eine Mitgliederversammlung der VDS einen Streik durchführen kann, sondern wir Studenten, müssen wir uns überlegen, wie ein Streik erreicht werden kann. Dieser Artikel soll dazu dienen, Denkanstöße und Argumente zu liefern, mit denen wir uns beschäftigen müssen, um einen Streik vorzubereiten. Eine ausführliche Diskussion wird auf einer Fachschafts-VV am Anfang des SS stattfinden.

Im folgenden werden einige Probleme dargestellt, die wir in der Basisgruppe Informatik diskutiert haben.

Die Entwicklung



"Das HRG bekommen wir durch einen Streik doch nicht vom Tisch"

Natürlich ist es neu, daß eine Bevölkerungsgruppe durch Streik versucht auf ein Gesetz Einfluß zu nehmen. (Bisher wurden Gesetzesmaßnahmen von Parteien, Wirtschaft und Verbänden beeinflusst.) Soll aber nur daran, daß so etwas noch nie ausprobiert wurde, ein Streik mit unseren berechtigten Forderungen scheitern?

Mit so einer Argumentation hätten sich niemals Bürgerinitiativen konstituieren dürfen, mit dem Ziel, bestehende Mißstände (z.B. Atomkraftwerke) zu beseitigen. Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke haben jedoch schon viel erreicht: Plötzlich sinkt der geplante Anteil an Atomstrom. Wir wollen auch viel erreichen! Unser Mittel ist der Streik, die Verweigerung der Teilnahme an den vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen. Dabei ist ein Streik von Studenten kein direkt materielles Zwangsmittel, wie etwa der Produktionsstopp streikender Arbeitnehmer zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Trotzdem kostet es den Staat etwas, wenn Ausbildungskapazitäten lahmliegen: der Verwaltungsapparat, das Professorengeloh, die Heizkosten. Darüber hinaus ist ein studentischer Streik ein ideelles Zwangsmittel: Wenn 500 000 Studenten ihre Forderungen durch einen Streik durchsetzen wollen, 500 000 Bürger, die gemäß der herrschenden Auffassung einmal die "Elite der Nation" darstellen sollen, dann übt das Druck aus auf die, die uns mit so einem Gesetz unter Druck

setzen wollen. Denn dann passen wir nicht mehr in das starre Weltbild, das Politiker und Wirtschaftsfunktionäre sich von uns gebildet haben oder in das sie uns hineinpressen wollen: Eine gefügige Masse von Auszubildenden, deren Rechte und Pflichten die Anderen definieren.

"Im BAföG gibt es einen 'Streikparagrafen', der besagt, daß bei Vorlesungsstreiks die Ausbildungsförderung zurückgezahlt werden muß"

Dazu ein Ausschnitt eines Artikels im Informationsdienst der **ASten**

Das BVerwG, 5. Senat, Urteil vom 17. 10. 76, VC 4173, war mit einem einschlägigen Fall beschäftigt. Der Fall kam natürlich aus Bayern. Das Amt für BAFöG hat von einem Studenten die Ausbildungsförderung zurückverlangt, weil er nachweislich, wie alle, an einem Vorlesungsstreik teilgenommen hatte. Das hat er auch nie geleugnet. Rechtsgrundlage dafür war § 20, Abs. 2 BAFöG, der besagt, daß bei einer Unterbrechung der Ausbildung eine Rückforderung des Förderungsbetrags vorgenommen werden kann. Alle Instanzen, das VerwG, der bayrische VGH als auch das zitierte BVerwG gaben dem klagenden Studenten Recht, bzw. der beklagten Verwaltungsbehörde unrecht. Das BVerwG führte aus: „Eine Vernachlässigung der Ausbildung durch Fernbleiben von Vorlesungen bei gleichzeitiger Teilnahme an Seminaren und Praktika stellt keine Unterbrechung der Ausbildung dar. Das gilt jedenfalls dann, wenn eine Pflicht zur Anwesenheit bei den belegten Vorlesungen nach der Ausbildungsordnung nicht bestand.“

Das Gericht betont: „Es ist sogar üblich, sich gelegentlich das erforderliche Wissen anstatt durch den Besuch der Vorlesung durch Bücherstudium anzueignen.“ Häusliches Studium ist dem Besuch von Vorlesungen also gleichwertig. Nach dieser Rechtsprechung muß folgendes gelten: Ein Vorlesungsstreik allein rechtfertigt die Einstellung oder Rückforderung von Leistungen nach dem BAFöG nicht. Der Nachweis, daß die Studienleistungen nicht erbracht wurden, dürfte der Verwaltung angesichts der Bedeutung des häuslichen Studiums in den meisten Fällen nicht gelingen. Anders liegt es dort, wo Praktika in den Prüfungsordnungen vorgesehen sind. Mediziner, Chemiker, Biologen usw. dürften bei der Notwendigkeit von Laborplätzen nur schwer beweisen können, daß sie auch zu Hause einen haben, an dem sie alles nachholen.

Einen Rettungsanker gibt es aber auch für sie: Sie könnten ja auch mit Gewalt daran gehindert worden sein, ihren Platz einzunehmen, was zumindest eine Überschreitung der Höchstförderungsdauer rechtfertigt. Denn eine Kollektivhaft kann es hier nicht geben. Die Verwaltung müßte jedem einzelnen fein säuberlich nachweisen, daß er bewußt gestreikt hat. In dem für die Ämter der BAFöG Verwaltung richtungsweisenden Kommentar von Blanke Rothe wird auch, dieser Rechtsprechung folgend, eine Sanktionierung eines hochschulpolitischen Streiks und das BAFöG pauschal abgelehnt, mit der Begründung, daß gesellschaftspolitische Konflikte in anderer Weise beigelegt werden sollen. Dem ist fast nichts hinzuzufügen. Außer vielleicht der stärksten Versicherung an den Senat, daß seine Drohungen in dieser Richtung, Semesteraberkennung und BAFöG-Streichung genau das Gegenteil bewirken müssen, als sie beabsichtigen.



"Ein Semester kann verlorengehen"

Im bundesrepublikanischen Recht gibt es keine Kollektivbestrafung, d.h. es darf höchstens jedem Studenten einzeln ein Semester aberkannt werden. Wie kann man jedoch einem einzelnen Studenten nachweisen, daß er gestreikt hat, wenn keine der angebotenen Lehrveranstaltungen stattfinden? Es geht dabei also nicht darum, ob ein Student sich an dem Boykott beteiligt hat, sondern darum, daß es ihm n a c h g e w i e s e n werden muß. Die Hochschulbürokratie, die das erreicht muß aber erst noch geschaffen werden.

Weiter: Wenn 800 000 Studenten in der BRD streiken, kann diesen 800 000 schon aus Verwaltungstechnischen Gründen kein Semester aberkannt werden: Die durch den NC beabsichtigte Regelung der Zulassung käme völlig durcheinander (das wäre vielleicht mal ganz gut), denn Studienanfänger gibt's auch weiterhin. Auch nur eine einzige Hochschule könnte so einen Verwaltungsakt nicht verkraften, denn die ZVS ist in Dortmund und die Zulassungsquoten werden im Kultusministerium in Absprache mit der Kultusministerkonferenz festgelegt.

"Unsere Angst, eine Studienleistung in Form eines Scheines oder Als Zulassungsvoraussetzung zu einer Prüfung nicht zu erfüllen, ist größer als der Mut, zu streiken."

Es ist richtig: Die Studienbedingungen erzeugen beim einzelnen die Angst, das Soll nicht zu schaffen. Genau das ist eine Funktion unseres Studiums: Lernen unter Druck, der Angst erzeugt. Bloß: Der Druck wird mit der Einführung der Regelstudienzeit von 8 Semestern noch größer. Ein Student, der sein Vordiplom unter der Regelstudienzeit nicht in 4 Semestern geschafft hat, kann sein Studium abbrechen. Denn wann kann er eine Lücke in den noch verbleibenden 4 Semestern noch schließen, wenn ihn das Studium nach dem Vordiplom schon unter normalen Bedingungen bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit beansprucht? So ein "gescheiterter" (besser: gescheitert gemachter) kann sich einen Job suchen. Was das bei unseren Arbeitsmarktbedingungen bedeutet ist klar: Er erhält nur sehr schwer einen Arbeitsplatz, und wenn, dann nur einen schlecht bezahlten. Er ist ein "nichts" auf dem Arbeitsmarkt.

Line weiterer Punkt, der jedem Studenten klar sein sollte: Nur und nur der für ein Fach verantwortliche Hochschullehrer bestimmt, wie eine in der Prüfungsordnung

festgelegte Studienleistung abzuleisten ist. Im § 12a der besonderen Ausführungsbestimmungen des Fachbereichs Informatik zur Diplomvorprüfung heißt es:
 "Studienleistungen als Zulassungsvoraussetzung für die entsprechende Fachprüfung" sowie
 "Übungen zu den Fächern des §15"

und im §15

"Prüfungsfächer:

1. Mathematik A ,2. Mathematik B,3. Mathematik C ,4. Informatik A ,5. Informatik B"

Daß also jedes Semester mindestens eine Klausur geschrieben werden muß, legt nur der jeweilige Hochschullehrer nach eigenem Gutdünken fest. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, die vielleicht nicht in das Vorstellungsvermögen von vielen Hochschullehrern, das vom Druck auf die Studenten ausgeht, Lernerfolge unter Beweis zu stellen: Beteiligung in Übungsstunden, Abgabe von schriftlichen Ausarbeitungen

und andere Formen, die in den betroffenen Semestern diskutiert werden sollten. Im Fachbereich Mathematik gibt es das Zwangssystem der Zulassungsvoraussetzungen nicht. Werden Mathematikstudenten deshalb etwa dümmert?



Wichtig ist: Die Modalitäten des Nachweises einer Studienleistung müssen mit dem zuständigen Hochschullehrer ausgehandelt werden.

BAföG — tot, scheinot oder noch lebensfähig? Das ist hier die Frage. Der AstA der Universität Mainz jedenfalls meinte, die Bonner Pläne zur BAföG-Erhöhung seien mit den Grundsätzen der Förderung — daß nämlich ein Student von diesem Geld auch leben kann — nicht zu vereinbaren. Folglich wurde BAföG am vergangenen Montag in Mainz feierlich beerdigt mit einem Sarg, mit Kränzen, einem „Pflarr“ und einem Trauerzug durch die Mainzer Straßen, an dem rund 150 Studenten teilnahmen.

BAföG feierlich beerdigt

Damit aber auch die Politiker in Bonn merken, daß sie BAföG gemeinlich haben, wurde der Sarg per Bundesbahn nach Bonn ins Bundeskanzleramt geschickt, zu Händen von Hebaut Schmidt. Dort traf der Sarg am Dienstag ein, doch im Bundeskanzleramt verweigerte man die Annahme. Begründung: Man wollte die Rollgebühr in Höhe von 13,88 Mark nicht zahlen. Nun, der Mainzer AstA stud. Bonn in seinen Finanznöten

bei und übernahm die Rollgebühr auf eigene Rechnung. Daraufhin ließ sich am Mittwochvormittag das Kanzleramt herab, das dubiose Präsent entgegenzunehmen. Mißtrauisch geworden, hatte man aber einen Schauspieler engagiert, der als Leichenbeschauper zu agieren hatte. Selbiger stellte fest: In dem Sarg liegt gar keine Leiche. Das Kanzleramt folgerte messerscharf, daß BAföG nicht tot sein könne.



Der Mainzer AstA wiederum kontierte, der Leichenbeschauper hätte eine ausgewachsene Leiche erwartet, und das winzige Etwas, das von BAföG übriggeblieben sei, einfach übersehen. Der Substanzverlust bei BAföG sei in den letzten Jahren so groß gewesen, daß es beim besten Willen nicht mehr sehr viel zu beerdigen gegeben hätte.

Außerdem scheint es dem AstA bezeichnend, daß das Bundeskanzleramt bereits einen Leichenbeschauper beschäftigt. Das zeige die Politik, die dort gemacht wird.

BRIGITTE MÖCK

Bafög: !

Wie der Staat seinen Studenten unter die Arme greift...

Anfang Januar traf in Bonn beim Bundeskanzler ein Sarg mit der Leiche des Bundesausbildungsförderungsgesetzes ein. Doch selbst ein eilends herangeschaffter Leichenbeschauer befand den Sarg für leer, so kläglich waren die Überreste des BAFÖG. Dabei hatte alles recht hoffnungsvoll begonnen.

1971 schuf die Bundesregierung mit dem BAFÖG ein Gesetz, das bedeutende Vorteile gegenüber den vorherigen Förderungsmodellen hatte. Die wesentlichen Vorteile bestanden in der Abschaffung der Darlehensanteile und in einer erheblichen Einschränkung der Leistungsnachweise. Zudem sollten durch eine "breite Förderung" die Bildungschancen sozial schwächer gestellter Schichten erhöht werden.

Dadurch spitzt sich für viele Studenten und Schüler die finanzielle Lage immer mehr zu. Die Löhne und Gehälter der Eltern werden nominell erhöht, d.h. die Erhöhungen dienen nur zum Auffangen des Kaufkraftschwundes. Indessen ist der Elternfreibetrag seit 1974 konstant bei 960,-DM stehen geblieben, sodass z.B. seit Oktober 76 80% der BAFÖG-Empfänger weniger erhalten, davon sind ca. 15% ganz aus der Förderung gefallen! Ein Student, der 1974/75 mit 500,-DM gefördert wurde, erhält heute nur noch 370,-DM!

Da die meisten Eltern nicht in der Lage sind, die fehlenden finanziellen Mittel aufzubringen, sehen sich inzwischen 30-50% der BAFÖG-Empfänger gezwungen, neben dem Studium und in

...also in den Hintern tritt

Doch es blieb nur bei den guten Absichten. 1974 wurde das BAFÖG zwar - entsprechend der Gesetzesvorschrift - "angepasst", die Erhöhung des Bedarfssatzes von 420,- auf 500,-DM reichte jedoch nicht einmal, um die Lebenshaltungskosten eines Studenten im Jahr 1973 von ca. 580,-DM zu decken. Bis heute wurden die Förderungsbedingungen dann immer weiter verschärft. So führte man wieder einen Darlehensanteil ein, der 1974 80,- und heute 130,-DM beträgt, in vielen Fällen erfolgt die Förderung ausschliesslich auf Darlehens-ebene (z.B. bei Fachbereichswechsellern), die Leistungsnachweise wurden erheblich verschärft und die 1976 fällige Anpassung des BAFÖG fiel auch ins Wasser.

	Höchstförderungs-satz	Elternfrei-betrag	Darlehens-anteil	Lebenshaltungs-kosten
1971	420,-	800,-		
1973				574,-
1974	500,-	960,-	80,-	630,-
1975				630,-
1976			130,-	660,-
1977	580,-	1100,-	150,-	690,-

den Semesterferien zu arbeiten. Besonders für Studenten aus sozial schwächeren Schichten ergibt sich dadurch eine Verlängerung der Studienzeit; die in Zukunft erhebliche Konflikte mit den Bestimmungen des HRG mit sich bringen wird. Zudem wird es immer schwieriger, in der durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ge-

haben. so stellt selbst die Westdeutsche Rektorenkonferenz fest, dass die vorgesehenen Änderungen "weit hinter der Angleichung an den effektiven Kaufkraftschwund zurückbleiben" und damit zu rechnen sei, dass "ein erheblicher Teil der Studenten aus der Förderung falle, was in vielen Fällen einen vorzeitigen Studienabbruch bedeute".

Vorher und jetzt	zur Zeit gültig (in Zusammenhang mit Härteaus- gleich)	für 1977 vorgesehen
1. Höchsthöchstbetrag		
a) für bei den Eltern wohnende Studenten	410,- (451)	480,-
b) für auswärts wohnende Studenten	500,- (550)	580,-
2. Elternfreibeträge		
a) Grundfreibetrag	960,-	1100,-
b) für den Auszubildenden selbst	60,-	70,-
c) für Geschwister des Auszubildenden unter 15 Jahren	240,-	280,-
d) für Geschwister des Auszubildenden über 15 Jahren	320,-	360,-

kennzeichneten wirtschaftlichen Lage einen Job zu finden. in dieser Situation nehmen sich die Pläne der Bundesregierung zur längst fälligen Anpassung des BAFÖG wie der blanke Hohn aus. Ab April 77 soll der Höchstsatz auf 580,- und ab Oktober 77 der Elternfreibetrag auf 1100,-DM erhöht werden, zusätzlich soll der Darlehensanteil weiter auf 150,-DM steigen. Nicht nur die Studenten und der VDS, sondern auch Gewerkschaften, deutsches Studentenwerk und andere Organisationen haben dazu wesentlich realistischere Vorstellungen entwickelt. So wird ein Höchstsatz von 690,- DM ohne Darlehensanteil und ein Elternfreibetrag von 1200,- bis 1400,-DM gefordert. Nach Berechnungen des deutschen Studentenwerkes würden diese Sätze gerade zur Deckung der derzeitigen studentischen Lebenshaltungskosten genügen. Sollten sich die Vorstellungen der Bundesregierung durchsetzen, so könnte dies für viele Studierende katastrophale Folgen

Als Fazit ist festzustellen, dass das BAFÖG als "fortschrittliches Förderungsmodell" schon lange seinen Geist aufgegeben hat. Heute hat es die Funktion eines Regulativs der Studentenzahlen im Interesse der Grossindustrie (sozialer Numerus Clausus). Dabei trifft es zuallererst die sozial Schwachen, die in den 60.Jahren aufgrund eines riesigen Bedarfs im Rahmen der "Aktivierung von Bildungsreserven" in die Schulen und Hochschulen geholt wurden - natürlich unter dem Deck-

Reales Wachstum der Löhne und Gehälter (durchschnittliches Monatsinkommen eines Arbeitnehmers, verheiratet, 2 Kinder)

	1969	1976	Steigerung
Brutto	1000,-	2118,-	102%
Netto	810,-	1552,-	92%
Kaufkraft	810,-	1066,-	32%

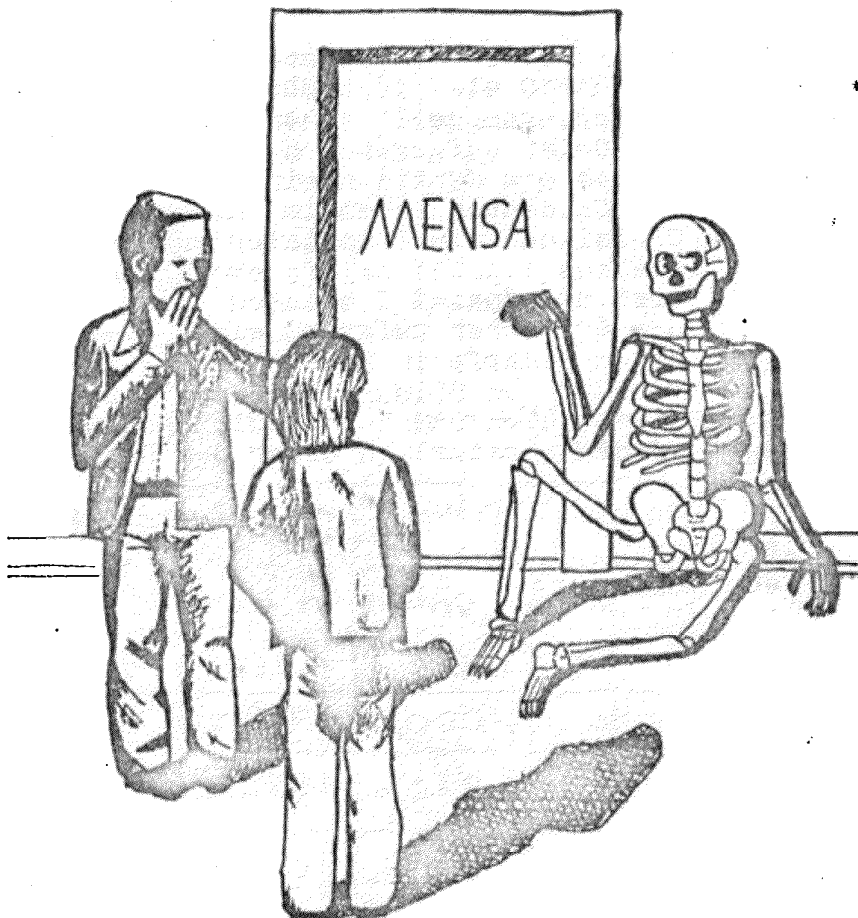
mäntelchen der sozialen Gerechtigkeit.-Das BAFÖG ist damit zu einem Versuch der Abwälzung der wirtschaftlichen Krise auf die Lernenden geworden.

(1) 1975 waren nur 11,4% der Studenten aus Arbeiterfamilien, während die Arbeiter mit 48% der Bevölkerung die Hauptlasten im Bildungsreich tragen!

KONSEQUENZEN FÜR UNSER VERHALTEN

Jeder realistische Student wird inzwischen eingesehen haben, dass sich seine Situation an der Hochschule nicht durch hoffen auf die Regierung und die Parteien verbessern wird. Gerade bei Bevölkerungsgruppen ohne eine Lobby in Bonn wird der Rotstift zuerst und hauptsächlich aktiviert. Dies zeigt nicht nur die BAFÖG-Schweinierei, sondern auch der Rentenskandal mit dem sich die derzeitige Regierung einführen zu müssen glaubte. Vor Allem aber ist das BAFÖG als Glied in der Kette der allgemeinen Bedrohungen und Disziplinierungsversuche der Studenten zu sehen. Berufsver-

bote, Verfassungsschutz-Schnüffelei, Arbeitslosigkeit für Hochschulabsolventen,HRG, Numerus Clausus, Abbau der Hochschulkapazitäten, verschärfter Leistungs- und Zensuren- druck, innerer Numerus Clausus (plötzliches Hochschnellen der Durchfallquoten bei Prüfungen),BAFÖG,Mensapreiserhöhungen, dies alles sind Versuche, die Studenten politisch zu disziplinieren und die wirtschaftliche Krise dieses Systems auf ihrem Rücken auszukurieren. Dagegen erhebt sich in den Hochschulen und Universitäten verstärkter Widerstand. So wurden im Dezember 76 fast überall kurze Streiks durchgeführt, im gleichen Monat bekundeten rund 300000 Studenten in Demonstrationen ihre Kampfbereitschaft gegen diese Zustände. Ende Januar fanden in mehreren Ländern landesweite Aktionen statt. Auch die Studenten der THD sind von dem allen betroffen. Der geplante Mensaboykott, das Abwehren der Diplomrahmenprüfungsordnung und der bundesweite Streik gegen das HRG sind u.a. Möglichkeiten unseres Widerstandes gegen die ständige Verschlechterung unserer Situation.



Was ist denn mit dem passiert ?

- Der konnte die neuen Mensapreise nicht bezahlen.

Berufsperspektiven

Auf unserem Wechereckseminar, das wir einmal im Jahr veranstalten, haben wir uns diesmal mit den Berufsperspektiven des Informatikers beschäftigt. Das Seminar fand vom 20. - 22. Dezember in Lindenfels im Odenwald statt, mit 23 Teilnehmern, darunter 11 Erstsemester.

Zur Vorbereitung dienten uns das Buch "Mit IBM in die Zukunft", Untertitel "Berichte und Analysen über die >Port-schritte< des Kapitalismus" von Alberts/Klinger/Ludwig/Peter, 1978 im Rotbuch Verlag Berlin erschienen, und ein Bericht, der im Rahmen des Informatik-Seminars an der Techn. Univers. Berlin entstanden ist mit dem Titel "Zur Verbesserung der Arbeitsleistung durch gezielte Förderungsmaßnahmen am Beispiel des IBM-Konzerns".

Um zu erfahren, welche Vorstellungen Studienanfänger von ihrer späteren beruflichen Tätigkeit haben, erstellten wir einen Fragebogen. Bei der Formulierung der Fragen gingen wir davon aus, daß die meisten Erstsemester noch keine konkreten Vorstellungen vom Berufsleben haben und deshalb nur sehr allgemein gestellte Fragen beantworten können. Das Ergebnis der Fragebogenaktion wurde in der INFOPZ 6 veröffentlicht.

Am ersten Tag des Seminars haben wir **versucht**, den Ergebnissen der Fragebogenaktion die konkrete Situation bei IBM näher zu erläutern. Dazu haben wir uns vor allem mit den administrativen, Methoden- und Auswirkungen der Personalpolitik und -führung von IBM beschäftigt.

Im zweiten Tag wollten wir uns mit den Möglichkeiten politischer Arbeit in einem Betrieb wie IBM auseinandersetzen. Da jedoch für den größten Teil der Seminarteilnehmer das Berufsleben noch in weiter Ferne liegt und wir am Vortrag viele Parallelen zwischen der Situation an der Hochschule und der Situation im Berufsleben gesehen hatten, entwickelte sich sehr schnell eine Diskussion über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten politischer Arbeit an der Hochschule.

Es erscheint uns nicht sinnvoll, die Protokolle des Seminars zu veröffentlichen. Vielmehr wollen wir die Diskussion nach Themenreisen zusammenfassen und diese Zusammenfassungen in loser Folge hier vorstellen.

Motivation oder Manipulation?

Es ist nicht möglich, die Prinzipien der Personalpolitik bei IBM darzustellen, ohne die Methoden zu erläutern. Da eine genaue Beschreibung der Methoden aber den Umfang dieses Artikels sprengen würde, sollen am Beispiel des Beratungs- und Förderungsgesprächs (B.+F.-Gespräch) einige Prinzipien der Personalpolitik bei IBM aufgezeigt werden.

Das B.+F.-Gespräch muß einmal jährlich zwischen Mitarbeiter und Vorgesetztem stattfinden. Es soll - der Verbesserung der Reizung Mitarbeiter-Vorgesetzter dienen

- der Verbesserung der Leistung von beiden

- der Laufbahnplanung u. -entwicklung des Mitarbeiters

In diesem Gespräch wird aber vor allem die Leistung des

IBM-Mitarbeiters seit dem letzten B.+F.-Gespräch bewertet

und damit ein wesentlicher Beitrag zur Gehaltsfindung geleistet. (siehe Berliner Papier S. 73)

Sowohl der Mitarbeiter als auch der Vorgesetzte sollen sich

auf das B.+F.-Gespräch vorbereiten. Der Mitarbeiter erhält

bei der Einladung zum B.+F.-Gespräch ein "Vorbereitungsblatt",

auf der er Antworten zu vorgegebenen Fragen wie "Warum haben

ich in der Vergangenheit meine Arbeitsziele genügend bekannt?"

oder "Welche Umstände waren für den Erfolg Ihrer Tätigkeit

förderlich?" notieren kann. Der Vorgesetzte füllt vor dem

Gespräch das Formular "Besprechung des Leistungsverhaltens"

aus. Dazu muß er die Leistungen des Mitarbeiters seit dem

letzten B.+F.-Gespräch beurteilen, indem er ihm für bestimmte

Kriterien wie z.B. Dispositionsgeschick, Arbeitsverhalten

in Ausnahmesituationen u.ä. eine sogenannte Rangstufe (=Note)

von 1 bis 5 (5= durchgefallen) zuweist.

Während des B.+F.-Gesprächs wird dem Mitarbeiter die Leistungsbeurteilung des Managers bekanntgegeben. Anschließend

werden Arbeitsziele für das kommende Jahr festgelegt und

Mafnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse und Fähigkeiten

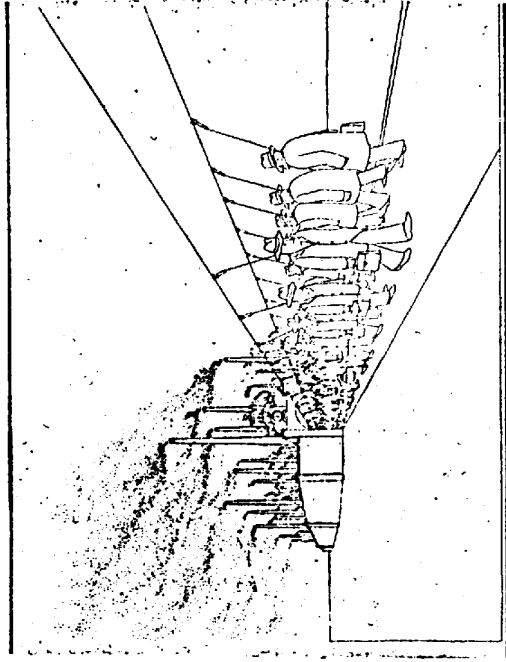
des Mitarbeiters besprochen. Die Ergebnisse dieser Unterredung werden ebenfalls auf Formularen festgehalten.

Der Mitarbeiter hat die Möglichkeit, schriftlich zu Verlaufs- und Inhalt des Gesprächs Stellung zu nehmen. Anschliessend muß er die Protokolle des B.+F.-Gesprächs (und damit seine Leistungsbeurteilung!) durch seine Unterschrift bestätigen, ebenso der Vorgesetzte. Die Protokolle werden dann dem nächsthöheren Vorgesetzten zur Kenntnisnahme übergeben.

IBM Nachrichten

Das B.+F.-Gespräch ist nur ein Teilbereich der vielfältigen Methoden der Personalführung bei IBM. Welche Interessen hat eigentlich die IBM, Methoden der Personalführung wie z.B. das B.+F.-Gespräch zu benutzen? Das B.+F.-Gespräch stellt eine Anwendung von modernen Managementtechniken dar, die auf den Erkenntnissen der Sozialwissenschaften basieren. Unter Managementtechnik versteht man die Art und Weise, wie das Management seine Führungsfunktion ausübt. Diese Führung erfolgt natürlich im Interesse des Konzerns. In welcher Weise ist nun das B.+F.-Gespräch den Konzerninteressen dienlich? Die oben erwähnten Managementtechniken, die die theoretische Grundlage für das B.+F.-Gespräch bilden, sind Management by Objectives und Management by Motivation. M. by Objectives, führen durch Zielvorgabe, bedeutet, daß dem Mitarbeiter nicht mehr einzelne Aufgaben zur Bearbeitung gestellt, sondern Ziele gesetzt werden. Diese Ziele sollen mit dem Vorgesetzten diskutiert werden. Ein ganz wichtiger Bestandteil des M.b.O. ist, daß Soll- und Istwerte der gesteckten Ziele verglichen werden (siehe B.+F.-Gespräch, Festlegung der Arbeitsziele für die kommende Periode, Leistungsbewertung mithilfe der Unterlagen aus dem letzten B.+F.-Gespräch). Management by Motivation spielt eine zentrale Rolle, so daß man alle anderen Managementtechniken nicht isoliert davon betrachten kann. Mit Management by Motivation soll die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter erhöht werden, indem scheinbar auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird.

Das B.+F.-Gespräch, das ja in beidseitigem Einverständnis abgeschlossen werden soll (Unterschriften), kommt auf den ersten Blick dem Bedürfnis nach Mitbestimmung entgegen. Doch ist auf dieser Ebene, wenn es z.B. um Termine geht, wirkliche Mitbestimmung möglich? Auf jeden Fall aber bekommt der Mitarbeiter die Konsequenzen seiner "Mitbestimmung" durch die Leistungsbeurteilung zu spüren. Welche zentrale Bedeutung M. b. Motivation bei IBM hat, ist an den ständigen Meinungsumfragen zu Themen wie Arbeitszufriedenheit, Stellung der Mitarbeiter zu IBM u.ä. ersichtlich. Ziel dieser Meinungsumfragen ist es, die Bedürfnisse der Mitarbeiter zu kennen, um dann entsprechend auf sie eingehen zu können. Entsprechend bedeutet in diesem Fall, den Mitarbeiter zu größerer Identifikation mit der Firma, zu mehr Leistung, zu mehr Überstunden zu motivieren, um so die Profite des Konzerns zu erhöhen. Sollte man das "Motivation" nicht durch "Manipulation" ersetzen?



Neues Stupa- alles beim Alten?

Die Wahl zum Studentenparlament im Januar brachte für die meisten Fraktionen keine wesentlichen Stimmenverschiebungen. Allein die Basisgruppen konnten die Anzahl ihrer Sitze verdoppeln. Der Vollständigkeit halber hier noch einmal das genaue Wahlergebnis:

SHB	1 Sitz	(+1)
Ausländeraussschub	11 Sitz	(+1)
MSB Spartakus	1 Sitz	(-1)
PCDS	15 Sitze	(-1)
Juso/Unabhängige	12 Sitze	(-2)
SHI	1 Sitz	
KHG	0 Sitze	(-1)
Basisgruppen	8 Sitze	(+4)
Zentralrat	1 Sitz	(-1)

Anmerkung: 2 Informatiker sind übrigens ins Stupa gewählt worden: Anette Wanneke vom PCDS und Wolfgang Meier von den Basisgruppen.

Insgesamt bedeutet das eine Stimmenverschiebung zugunsten der linken Fraktionen im Stupa um einen Sitz. Innerhalb der linken Fraktionen müssen allerdings die Jusos als klare Verlierer angesehen werden. Deshalb wollten die Fraktionen von SHB, MSB, Ausländeraussschub, SHI, Zentralrat und Basisgruppen eine Veränderung im Parlamentspräsidium erreichen. In der konstituierenden Sitzung des Studentenparlaments sollte nun ein neuer Präsident gewählt werden. Wie die Sitzung dann verlief, können wir aus den Flugblättern der Stupa-Fraktionen entnehmen, die bis zum Redaktionsschluss vorliegen:

"Einheit aller Studenten" (Jusos im Wahlkampf)

... oder nicht?

"FÜR DIE EINHEIT ALLER STUDENTEN" (Jusos im Wahlkampf) ... ODER NICHT?
Gestern fand eine Sitzung des neugewählten Studentenparlaments statt. Dort sollte ein neues Präsidium gewählt werden. Als Kandidaten waren aufgestellt: Werner Weidner (Juso)

Wilfried Griefmann (SHI)
Reinhard Usak (PCDS)

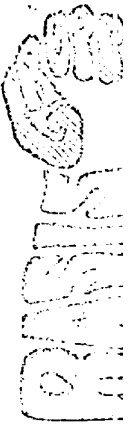
In den ersten drei Wahlgängen zeigte sich, daß die Stimmenverteilung konstant blieb, und zwar Weidner 12, Griefmann 13, Usak 15 Stimmen. Das heißt, daß die Kandidaten des PCDS und der JUSO jeweils nur von der eigenen Fraktion gewählt wurden. Der andere Kandidat (Griefmann) erhielt aber die Stimmen der übrigen 6 Fraktionen. Die Juso-Hochschulgruppe beanspruchte den Studentenparlamentspräsidenten da sie meinte, die stärkste Linksfraktion zu sein. Die Wahldurchgänge haben das Gegenteil bewiesen. Um dennoch - Funktionsfähigkeit des Stupa vor Einzelinteressen - die Jusos zu integrieren, wurde von den Basisgruppen ein Kompromisskandidat aufgestellt, da Griefmann für sie nicht akzeptabel war. Jedoch wurde auch der Kompromisskandidat, Peter Spiesack, von demselben nicht unterstützt. Sie enthielten sich der Stimme und verhinderten somit die Wahl eines Präsidenten, d.h. die Konstituierung des Studentenparlaments und somit die Behandlung der anstehenden wichtigen Themen wie z. B. die Drabstimmung über den generellen Mensaboykott.

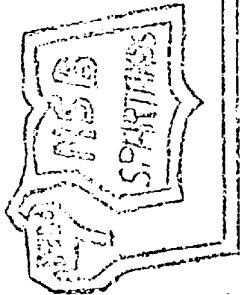
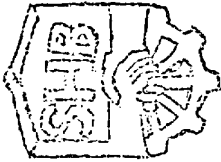
Wir stellen fest: Die Basisgruppen, Zentralrat und SHI halten eine Zusammenarbeit mit den Jusos im Studentenparlament und im NSB für notwendig und sind daran interessiert. Wir sind nicht bereit, die Machtpolitik der Jusos mitzutragen. In der Diskussion um die Kandidaten kam zum Ausdruck, daß alle sechs Linksfraktionen mit der Politik der Juso-Hochschulgruppe nicht einverstanden sind. Die Kritik, die geäußert wurde, stieß bei den Jusos auf taube Ohren. Unserer Meinung nach bedeutet Zusammenarbeit, die Bereitschaft, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, d. h. sich von denen, die für die hessische und landesweite Bildungspolitik verantwortlich sind (SPD und FDP) zu distanzieren, anstatt aus Gründen der Parteiloyalität unklare Positionen zu beziehen. Die JUSO zog z.B. ihre Unterstützung zu der Veranstaltung zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens (es ging um die vom gesamten Bundestag verabschiedeten Gesetze §§ 88a, 130a, 140) zurück, weil ihr Parteigenosse Noske ironischerweise erwähnt wurde.

In der ganzen Stupa-Sitzung wurde deutlich, daß die von den Jusos im Wahlkampf propagierte "Einheit aller Studenten" nur eine Einheit unter ihrer Führung ist. Wir fordern die Jusos auch im Namen aller anderen linken Gruppen auf, ihre Machtübergelei aufzugeben und in offenen Verhandlungen für funktionsfähige Organe der Studentenschaft zu sorgen.

ZENTRALRAT

SHB





SHP und MSB haben diese Jusopolitik nicht unterstützt, weil wir davon ausgehen, daß wir ohne von allen fortschrittlichen Kräften getragene Aktionsseinheit die maximale Stärke der Studentenbewegung gegen NSB und Sozialabbau entfalten kann. Diese Auffassung schließt aus, daß die Aktionsseinheit bei einer rechnerischen Mehrheit von 21 Stimmen stehen bleibt. Während vor den Wahlen auf allen Jusoplakaten die "Einheit aller Studenten" propagiert wurde, zeigten sie kaum nach der Wahl keine Bereitschaft mehr, dieser Einheit durch die Verfügung auf einen Kandidatensitz in der Diszussionsbeiträge erkennen, daß sie eine Autokratie näherzukommen. Dagegen ließen die Basisgruppenbildung unter Beteiligung aller fortschrittlichen Gruppen anstreben. Wir begrüßen diese positive Alternative zu dem überzogenen Machtanspruch der Jusos und unterstützen deshalb den von SG, SHI und Zentralrat vorgeschlagenen Kandidaten.

Der von den Jusos erhobene Vorwurf, eine Negativ- bzw. Antijusokoalition eingegangen zu sein, trifft insoweit nicht zu, als wir jederzeit bereit sind, auf der Grundlage studentischer Interessen für ein gemeinsames Vorgehen aller linken Kräfte einschließlich der Juso-ESG einzutreten.

Fortsetzung der Stupa-Sitzung

Do 10.2.77
19.30 Uhr 11/23

SALDANE UND UNGEGNERLICHES TEIL 3

Stellungnahme von MSB Spartakus und SHP zur Stupa-Sitzung
am 2.2.1977

Gestern abend fand die erste Sitzung des neugewählten Studentenparlamentes statt. Grundlage für die Konstituierung des Studentenparlamentes ist die Wahl eines Parlamentspräsidenten. Um diese Wahl erfolgreich durchzuführen, ist nach Satzung die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, d.h. daß sich die Mehrheit der Parlamentarier auf gemeinsame Kandidaten hätte einigen müssen. Für die Wahl des Präsidenten wurden drei Kandidaten vorgeschlagen; ein RDS-Kandidat, die Juso-Fraktion schlug den Präsidenten des alten Stupa, Werner Weidner, erneut für dieses Amt vor, was andeutete, daß man den durch die Neuwahlen veränderten Mehrheitsverhältnisse nicht Rechnung tragen wollte. Dagegen hatten sich Basisgruppen, SHI und Zentralrat auf einen alternativen Kandidaten, Wilfried Geißmann, geeinigt. Da alle linken Fraktionen zusammen im neugewählten Stupa 25 Sitze haben, war es unter der Voraussetzung, daß die Kandidatenvorschläge aufrechterhalten wurden, unmöglich, eine tragfähige Mehrheit für einen gemeinsamen Kandidaten zu bekommen.

Zur Vorgeschichte:
In Zusammenhang mit den ASTA-Koalitionsverhandlungen wurden bereits Gespräche über die Besetzung des Parlamentspräsidenten geführt. Dabei gingen die Jusos von folgenden Positionen aus:
Da Jusos, Basisgruppen und Ausländerausschuß zusammen 21 Sitze und damit eine hauchdünne Mehrheit haben, gibt es keinen Grund, sich mit anderen fortschrittlichen Gruppen auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Aufgrund der Erfahrungen der Basisgruppen im Koalitionsasta mit den Jusos im vergangenen Jahr und aufgrund der Ergebnisse der Neuwahlen, waren diese nicht mehr bereit, sich erneut auf eine Kompromißlose Jusopolitik im neuzubildenden ASTA festlegen zu lassen. Die harte Linie der Jusos wurde auch in ihrem offenen Brief an die Basisgruppe deutlich: Unter der Andeutung, daß ein RDS-Mann als Präsident gewählt wird, sollte die Zustimmung zum alten Präsidium unter Vorsitz von Werner Weidner von den Basisgruppen erprelt werden. In maßloser Selbstüberschätzung wurde allen alternativen Kandidaten die Fähigkeit zu diesem Amt abgesprochen.

LESEKORBRIEF:

In den letzten Nummern der INFORZ ist die Kritik an verschiedenen Prof's des Fachbereichs geführt worden. Es wurden einige Fälle von Korruption, von Unterdrückung und Indoktrinierung aufgedeckt, z.B.:

- Waldschmidt knöpft den besitzlosen Studenten einen Teil ihres BAFÖG-Gnadenbrottes mittels Script-Gebühr wieder ab. (INFORZ Jan.77)
- Wedekind setzt sich für die Verschärfung der Konkurrenz unter den Studenten, für ein ausgefeiltes Notensystem, ein und redet den Studenten ein, Geld sei der Maßstab aller Dinge. (INFORZ Nov.76)
- Hoffmann riß während des Streiks Plakate herunter, in Fragen Notensystem wie Wedekind. (INFORZ Juli76)
- Parnas kassiert kräftig ab, verwirrt die Studenten mit komplizierten Begriffen, übt Nebentätigkeiten aus. (INFORZ 76)

Die geführte Kritik ist nützlich. Sie muß jedoch vertieft werden. Wieso treten die meisten Prof's für verschärften Prüfungsdruck ein? Die einfachste Antwort wäre, weil es Arschlöcher sind. Man braucht das nicht unbedingt zu dementieren, aber es ist zu einfach. In den letzten Nummern der INFORZ stand, we wollten die Studenten auf die Anfordernisse der Industrie ausrichten. Was aber sind die Anforderungen der Industrie? Wieso wurde Parnas so gut geschmiert? Nur weil sein Aussehen Mitleid erweckte? Fragen, die man beantworten muß. Fragen, die man beantworten kann, wenn man den Inhalt dessen untersucht, was am FB geforscht oder den Studenten eingetrichtert wird. Machen wir einen Versuch. Wir wählen, gemäß der Bauernregel - Je stärker die Mast, umso größer das Schwein - Herrn David L. Parnas, in memoriam, sozusagen. Aber immerhin der Lehrstuhl soll wieder besetzt werden.

Greifen wir zunächst zum Offiziellen. Der Forschungsbericht der THD 73/74 führt aus:

"Entwicklung einer Familie von Betriebssystemen (BSF). Dieses Projekt soll zur Erprobung, Weiterentwicklung und Neuentwicklung sogenannter 'software-engineering'-Techniken dienen. Unter diesen Techniken sind besonders zu nennen:

- Formale Definition von Schnittstellen durch sogenannte Spezifikationen
- Anwendung des sogenannten Geheimnisprinzips zur Zerteilung der BSF in Module (Information Hiding Principle)

...
Alle vorgenannten Techniken sind in besonderer Weise auf die Entwurfsphase großer Software-Projekte zugeschnitten." (Hervorhebungen von mir)

So neu ist das Geheimnisprinzip auch nicht. Es wurde angewandt beim Bau der ersten Atombombe. Die Einzelteile, die für den Bau der A-Bombe nötig waren, wurden in verschiedenen Fabriken gefertigt. Den Arbeitern wurde erzählt, es seien Teile für Staubsauger oder andere Maschinen. Sonst wäre die Bombe auch nie fertig geworden.

Ein großes Software-Projekt war das IGLOO WHITE, ein Überwachungssystem für den Ho-Chi-Minh-Pfad in Vietnam. Dieses bestand aus Sensoren, die von Flugzeugen über dem Gebiet des Ho-Chi-Minh-Pfades abgeworfen wurden. Die Sensoren reagierten auf Geräusche oder Vibrationen des Bodens, die von Lastwagen oder Menschen ausgingen. Die Signale wurden von unbemannten Flugzeugen aufgefangen und an die Zentrale, das 'Infiltrations-Überwachungszentrum' in Nakon Phanom, Thailand übertragen. In den dort installierten zwei IBM 360/65 wurden alle Daten der Kurven des 500 km langen Ho-Chi-Minh-Pfades gespeichert; dazu der Code und die Position jedes einzelnen Sensors, die Geschwindigkeit und der Standort jedes Flugzeugs, die Flugeigenschaften jeder Bombe. Mit dem Programm, an dem sicher einige Dutzend Programmierer ein paar Jahre lang gearbeitet haben, berechnet der Computer aus den Signalen der

Sensoren, wann welche Flugzeuge starten müssen, wann die Lastwagenkonvois an ungeschützte Stellen

ankommen werden und welche Waffen die geeignetsten sind.

Die Entwicklung dieses Programms verschlang von 1966-72 rund 1,7 Milliarden Dollar. Genutzt hat es den US-Imperialisten nichts, den Sieg des vietnamesischen Volkes konnten sie nicht aufhalten. Man kann Gift drauf nehmen, daß bei der Entwicklung dieses Programms das Geheimnisprinzip angewendet worden ist.

Wen wundert es jetzt noch, daß Parnas neben der THD als zweite Postadresse den Information System Staff, Naval Research Laboratory, Washington D.C., also eine Einheit der amerikanischen Kriegsmarine angegeben hat? (So geschehen in einem Artikel in der ACM, Sigplan Notices).

Sieht man von der Kriegsforschung ab, so bleibt das Geheimnisprinzip reaktionär genug. Es soll die Arbeiter und Werktätigen im Zustand der Anhängsel an die Maschinerie halten, also verhindern, daß sich die Arbeiterklasse die Fähigkeiten aneignet, um die Produktion zu beherrschen.

Betrachtet man die erheblichen Zuwendungen, die Parnas erhalten hat, z.B. einen zinsgünstigen Kredit für seine damalige Penthauswohnung in Kranichstein in Höhe von 170.000 DM (wenn dagegen ein Arbeiter oder kleiner Angestellter der TH einen Umzugsvorschuß will, muß er seine gesamten Familienverhältnisse ausbreiten), kommt man zu dem Schluß, daß der BRD-Imperialismus dem US-Imperialismus in nichts nachstehen will. Die BRD hat im südlichen Afrika besondere Interessen, sagt Schmidt, und die "Wehrwissenschaftliche Rundschau" untersucht bereits das Gelände. Wer wird also ein würdiger Nachfolger für den "verwaisten Lehrstuhl"?

Dieser Fall ist besonders krass. Die Schmiergelder, die da geflossen sind, reizen auch - getreu der Bauernregel - zum Nachstoßen. Es wird jedoch nicht der einzige Fund sein, den man am FB Informatik macht. Da ist z.B. Encarnacao, der ein CAD-Vorlesung (Computer Aided Design) hält und an selbständigen graphischen Systemen bastelt, um in den Konstruktionsbüros der Industrie in breitem Umfang CAD ein- und die dort Beschäftigten auszuführen.

Oder Tzschach, der in seinem Rechnerverkehrstheorie-Script unter Zielvorstellungen angibt: Möglichst kurze Antworten für die Benutzer von Datenstationen, - und als Aufgabe stellt, einen Parameter so zu bestimmen, daß 90% aller Antwortzeiten 50 Sekunden nicht überschreiten. Nach einem Arbeitstag von 8 Stunden vor dem Bildschirm weiß ein Datentypist auf jeden Fall, wem eine solche Antreiberwissenschaft nicht nützt - seiner Gesundheit nämlich. Die taucht aber in den Berechnungen von Tzschach überhaupt nicht auf.

Untersucht man in diese Richtung weiter, wird man auch beantworten können, welche Anforderungen die Industrie an einen Informatikabsolventen stellt: Williges Werkzeug zu sein bei der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und bei der Organisierung eines umfassenden Kontrollnetzes über das Volk. (siehe auch INFORZ Juli 76 S.12) Man muß es aufdecken, wenn ein Prof. die Studenten auf diese Ziele auszurichten versucht. Das wird einige Anstrengungen kosten, und es wird Krach geben, ist aber nötig, soll die Studentenbewegung nicht in der Nabelschau versinken.

B. Daum
(Berthold Daum)

Ärger mit dem IPI

Aufgrund unseres letzten Artikels über das IPI (Institut für praktische Informatik) hat sich die Lage geändert. Inzwischen ist es den Studenten erlaubt den Brief des Herrn Hoffmann einzusehen. (Warum darf uns keine Kopie in die Hand fallen?) Allerdings hat sich derselbe Herr nun erlaubt, eine Liste mit Studenten aufzustellen, die bei ihm Diplomarbeiten schreiben oder Doktorand werden wollen bzw. schon sind.

Dies ist eine doppelte Unverschämtheit! Zuerst einmal sind Leute, die im IPI Diplomarbeiten o.ä. machen natürlich von ihren Herren abhängig; die ja ihre Arbeiten anerkennen müssen; d. h. sie können die studentischen Interessen nicht wirksam vertreten. (sofern das überhaupt möglich ist).

Der andere, noch größere Hammer ist die Tatsache, daß sich ein Professor anmaßt Studenten auszusuchen, die seinem Geschmack von studentischer Interessensvertretung entsprechen. Die studentischen Vertreter im Fachbereichsrat sollen dann nur noch einen auswählen dürfen, obwohl der von ihnen gewählte Kandidat noch nicht zurückgetreten ist.

betrifft: Leserbriefe

...zum schluß noch eine allgemeine

Bemerkung zu Leserbriefen:

Die Meinung der Autoren entspricht nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Diese Bemerkung erscheint uns notwendig, da wir vor kurzem einen Brief vom HZD erhielten.

Darin wurden wir als Verantwortliche für den Leserbrief über DV-Projekte in Krankenhäusern bezeichnet. Unser Anliegen ist es jedoch, Informationen über An-

wendungen von DV-Anlagen auch

aus kritischer Sicht zu betrach-

ten. Damit meinen wir, daß wir

nicht nur das Informationsmaterial

von offizieller Seite benutzen,

sondern auch die Stimmen der

Betroffenen.

Uns wurden vom HZD die offiziellen

Dokumente zugesandt, mit der Bitte

um eine Diskussion mit dem Leiter

dieses Projektes. Wer an näheren

Informationen interessiert ist,

kann sie bei uns einsehen.

TEACH IN

Mi, den 9.2.77, 14⁰⁰ Uhr

FS-Raum / Magdalenenstr.

Meinungen zu einem bundesweiten, unbefristeten Streik im SS 77 gegen das HRG, Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten durch Bafög, Mensapreiserhöhungen etc.

Welche Konsequenzen hat ein solcher Streik ?
Alternativen zu einem unbefristeten Streik ?

Es ist wichtig, daß im Rahmen dieser Diskussion viele Meinungen zum Ausdruck kommen.

Deshalb kommt alle zu dieser Veranstaltung !!!

Mi, den 9.2.77, 14⁰⁰ Uhr
FS-Raum / Magdalenenstr.

TEACH IN

Urabstimmung zum Mensa-

boykott bis Mittwoch, den 9.2.77 (einschl.)

FBR - Sitzung

am Montag, den 7.2.77, 14³⁰ Uhr

im großen Senatssaal (47/771)